



Marc Lüdders. *Die Suche nach einem Dritten Weg: Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik.* Frankfurt am Main: Peter Lang, 2004. 289 S. \$47.95 (paper), ISBN 978-3-631-52068-0.



Reviewed by Timo Luks

Published on H-Soz-u-Kult (September, 2004)

M. Lüdders: Die Suche nach einem Dritten Weg

Die von Marc Lüdders 2003 an der Universität Hamburg eingereichte volkswirtschaftliche Dissertation unternimmt den Versuch, das in Debatten um eine alternative Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ständig wiederkehrende Schlagwort vom Dritten Weg von Anthony Giddens zurück in die Weimarer Republik zu verfolgen, um die dort intensiv geführten nationalen ökonomischen Debatten um die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einer detaillierten und faktenreichen Analyse zu unterziehen. Dabei wird der Begriff des *Dritten Weges* nur als ein rhetorischer Platzhalter für ordnungspolitische Entwürfe angesehen, die nach Meinung ihrer Vertreter zwischen den Wirtschaftsordnungen des *Kapitalismus* und des *Sozialismus* oder der *ordnungspolitikfreien* bzw. *monopoldurchsetzten* *Verkehrswirtschaft* und der *marktfreien* *zentralen Planwirtschaft* liegen sollen (S. 19).

Lüdders zielt einerseits auf eine Kategorisierung nationalökonomischer Positionen, die die Koordinierungsverfahren einer Wirtschaft zum Maßstab erhebt, und andererseits auf die Herausarbeitung der diskursiven Verbindungen zwischen diesen ordnungspolitischen

Denkschulen bzw. Gruppierungen vor dem Hintergrund ihrer ordnungspolitischen Vorstellungen (S. 22). Sein Erkenntnisinteresse richtet sich darauf, den Begriff des Dritten Weges transparent und operationabel zu machen und gleichzeitig die Traditionsstränge der dogmengeschichtlichen und ordnungstheoretischen Hintergründe der verschiedenen Ideen des Dritten Weges offenzulegen (S. 23).

Die Suche nach einem Dritten Weg im nationalen ökonomischen Denken der Weimarer Republik basiert auf je spezifischen Diagnosen und Interpretationen der Lage und Zukunft des Kapitalismus. Von diesem Ausgangspunkt werden die verschiedenen Positionen von Lüdders als Therapievorschlänge diskutiert und entsprechend systematisiert. Als Grundlage der Suche nach alternativen Wirtschaftsordnungen werden einerseits die weltanschauliche Polarisierung der Weimarer Republik und andererseits realökonomische Probleme benannt. Beides zusammen, sowie die Tendenz, zwischen Staats- und Wirtschaftsordnung kaum zu unterscheiden, führten zu einer Krisenwahrnehmung und Unzufriedenheit, die sich auf Wirtschaft und Politik glei-

chermaßen erstreckten und Alternativkonzepte als dringend notwendig erscheinen ließen. Und tatsächlich ist auch die damalige Suche nach einem Dritten Weg, nach einer neuen Wirtschaftsordnung nicht ohne die damals diagnostizierten Wechselwirkungen beider Ordnungen zu verstehen. Die Kritik an der Republik betraf gleichzeitig auch immer die bestehende Wirtschaftsordnung, und umgekehrt schlug die Kritik an der Wirtschaftsordnung schnell in Kritik an der parlamentarischen Demokratie um. (S. 36)

Unabhängig von Unterschieden im Detail wurde die Weimarer Wirtschaftsordnung als âgebundener Kapitalismusâ diagnostiziert, der dem âfreien Kapitalismusâ des 19. Jahrhunderts gefolgt sei. In den Fokus der Diskussion geriet dabei das veränderte Verhältnis von Staat und Wirtschaft, ebenso wie vermeintliches Versagen und Konzeptlosigkeit der Wirtschaftspolitik angesichts der diagnostizierten Phase des Übergangs. Ein verstärkt intervenierender Staat, der jedoch keiner âGenerallinieâ folgt, müsse eben Chaos und Konfusion hervorbringen und eine âWirtschaftsunordnungâ erzeugen. Verantwortung dafür wurde nicht zuletzt dem pluralistischen Parlamentarismus zugeschrieben. Die Interpretationen dieser Diagnose gingen bereits auseinander. Für die einen war der âgebundene Kapitalismusâ der Ansatz zu einer höher entwickelten Wirtschaftsordnung, den es nur systematisch, konsequent und durchdacht voranzutreiben gelte. Andere, wie z.B. Walter Eucken, sahen in ihm dagegen eine ineffiziente Wirtschaftsordnung, die die Leistungsbereitschaft der Wirtschaftssubjekte schmälere und das Zusammenspiel der Märkte störe. Man war sich also einig, dass ein Wandel vom freien zum gebundenen Kapitalismus stattgefunden hat, unterschied sich aber darin, welche Bedeutung man den âmonopolistischenâ Großorganisationen und dem staatlichen Interventionismus beimä und wie er zu bewerten war. (S. 84)

Aus Diagnose und Interpretation ergaben sich verschiedene Therapievorschläge âläuter *Dritte Wege*â, die Lâdders in drei Hauptströmungen gliedert: liberale, korporativistische und interventionistische Konzeptionen.

Die liberale Variante präsentierte sich als Alternative zu bürokratisch zentraler Planwirtschaft ebenso wie zum monopolistischen Kapitalismus. Ausgehend von den Idealen Freiheit, Gemeinschaft und Gemeinwohl wendeten sich die einzelnen Vertreter gegen durch Monopole und Planung verursachte und forcierte âVerkrustungserscheinungenâ und hielten Markt und Wett-

bewerb für âdas rationalste, produktivste und gerechteste Verfahren, um die Volkswirtschaft zu koordinierenâ (S. 91). Unter diesem Dach versammelten sich verschiedene Strömungen âum eine Vermittlung von Freiheit und Gleichheit bemühte liberale Sozialisten wie Franz Oppenheimer, aber auch Vertreter des so genannten âneuen Liberalismusâ wie Franz Böhm, Walter Eucken, Wilhelm Röppe oder Alexander Rüstow, die versuchten, eine Gemeinwohlorientierung und die Idee starker Einzelpersonen, persönliche Freiheit und Gemeinschaft zu verbinden, um alte Fehler des Liberalismus ebenso wie zukünftige Fehler des Sozialismus zu vermeiden. Ins Zentrum der Kritik gerieten dabei Monopolismus, Lobbyismus und Massendemokratie. Ein über den individuellen Eigeninteressen und der Wirtschaft stehender Staat sollte hier gewissermaßen als âVeranstalterâ von Marktwirtschaft und freier Konkurrenz auftreten. Liberale, an freier Konkurrenz orientierte Wirtschaftspolitik sollte mit einer konservativen, die Gemeinschaft stärkenden Gesellschaftspolitik verbunden werden.

Die âDritten Wege mit korporativistischer Ausrichtungâ gründeten auf der Annahme, dem Kapitalismus fehle der Sinn für das âGanzeâ. Insbesondere der Individualismus und die vermeintlich aus ihm resultierenden Folgen, die wesentlich dafür verantwortlich seien, dass der Kapitalismus nach wie vor seine Mängel nicht überwinden könne, sollte über den Weg einer öffentlich-rechtlichen, nicht so sehr staatlichen Organisation der Wirtschaft und durch die Errichtung funktional abgegrenzter Korporationen bzw. einer neuständischen Ordnung überwunden werden. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, die Gründung der Korporationen staatlich zu unterstützen bzw. zu initiieren und in der Folgezeit ordnungspolitisch zu kontrollieren. Ansonsten hat er sich auf die âpolitischen Kernbereicheâ zu konzentrieren [institutionelle Trennung zwischen Politik und Wirtschaft]. (S. 137)

Interventionistisch ausgerichteten Konzepten war gemeinsam, dass sie den Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft betonten. Den politisch bestimmten Zielen des Staates wurde grundsätzlich Priorität vor denen der privaten Wirtschaftssubjekte eingeräumt, ohne dass aber das Marktverfahren beseitigt werden sollte. Zentraler Plan wie Marktverfahren wurden zum einst als [sozialtechnologische] Instrumente behandelt, die der Staat einsetzen solle, um seine Ziele verwirklichen zu können. (S. 193) Lenkungsintensität und Begründung der Interventionsnotwendigkeit unterschieden sich dabei vielfach. Vertreter eines plankapitalisti-

schen nationalen Interventionsstaates plädierten – wie z.B. Alfred Müller-Armack unter konkreter Bezugnahme auf den italienischen Faschismus und seine Wirtschaftspolitik – dafür, dass ein starker Staat entlang klarer Linien die Wirtschaft lenkt und entlang entsprechender politischer Maßgaben gestaltet, statt der Wirtschaft die Gestaltung der Politik zu überlassen. Die Idee eines staatlich gelenkten Marktsozialismus wendet sich deutlich gegen den „Einbau planwirtschaftlicher Elemente in den Kapitalismus“ (S. 242), wie er von verschiedenen anderen Strömungen gefordert wurde – nicht zuletzt deshalb, weil Marktsozialisten wie Carl Landauer oder Eduard Heimann es nicht für möglich hielten, dass der Staat in der Lage sein könnte, „im voraus die Aktivitäten der Privaten richtig einzuschätzen. Positive direkte Lenkungsmaßnahmen seien so nicht reibungslos durchzuführen“ (S. 244).

Insgesamt, so arbeitet Lüdders heraus, sind die verschiedenen *Dritten Wege* als Antwort auf ein reales oder vermeintliches „ordnungspolitisches Versagen der Weimarer Republik“ zu begreifen – mit dem Ziel, „regellosen Interventionismus“ in eine „planvolle Wirtschaftspolitik“ zu überführen (S. 257). Gemeinsamer Ausgangspunkt aller nationalökonomischen Überlegungen der Zwischenkriegszeit waren dabei nicht so sehr abstrakt wissenschaftliche, modelltheoretische Überlegungen, sondern vermeintlich konkrete und konkret zu lösende politische Probleme.

Die hier rezensierte Arbeit bietet ein wohlgeordnetes Tableau nationalökonomischer Positionen der Weimarer Republik. Sie ermöglicht dadurch überzeugend einen systematischen Erstzugriff auf das Thema. Mit dieser wohl auch aus dem volkswirtschaftlichen Erkenntnisinteresse Lüdders’ resultierenden Anlage der Arbeit sind jedoch auch unübersehbare Schwächen

verbunden. Während die gelungene Typisierung und Systematisierung der verschiedensten Positionen sehr wohl überzeugen kann, ist doch zu kritisieren, dass Lüdders sich mit unzulässigen systematisierenden, z.T. stichpunktartigen Zusammenfassungen begnügt und zu diesem Zweck – denkbar ungenügend – meist nur einzelne Begriffe oder Phrasen zitiert. Dies ist wohl nicht zuletzt der mangelnden theoretischen und methodischen Grundlegung der Arbeit geschuldet, die allzu sehr unter dem Zeichen einer Traditionskonstruktion steht und dazu neigt, die Nationalökonomie als autonomen Raum zu konstruieren. Lüdders geht es – wenn auch meist nur sporadisch angedeutet und nicht konsequent durchgeführt – mehr um die Beziehungen der untersuchten Diskussionen zur heutigen Volkswirtschaftslehre als um eine Verortung in historischen Kontexten. Der geschichtswissenschaftliche Erkenntnisgewinn der regelmäßigen Be- und Aburteilung der Nationalökonomie der Weimarer Republik aus dem Blickwinkel des heutigen Forschungsstandes der Volkswirtschaftslehre scheint mir jedoch begrenzt.

Die konventionell ideengeschichtliche Aneinanderreihung von Ideen, Personen, Schulen verhindert, dass die Entstehung und Entwicklung von Denkstilen und Diskursen deutlich werden. Die dynamischen Prozesse der Wissensproduktion bleiben ebenso ausgeblendet wie die Bedingungen der Produktion von Erkenntnis, die doch in der neueren – u.a. Ludwik Fleck, Pierre Bourdieu und Michel Foucault folgenden – Wissenschaftsgeschichte endlich und überzeugend in den Fokus geraten. Stattdessen erscheinen bei Lüdders nationalökonomische Ideen als statische und im luftleeren Raum existierende Gebilde, die im Prozess fortschreitender Wissenschaftsentwicklung durch jeweils bessere, d.h. – Lüdders’ bevorzugtem aber nicht erlauterem Kriterium folgend – „realistischere“ ersetzt werden.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Timo Luks. Review of Lüdders, Marc, *Die Suche nach einem Dritten Weg: Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. September, 2004.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=19174>

Copyright © 2004 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.